

TTIP - Ökonom Fadinger sieht mehr Chancen als Risiken

Wien (APA) - Das TTIP sei nicht geeignet, die EU aus der Wirtschaftskrise zu führen, die direkten ökonomischen Effekte auf die EU- und US-Volkswirtschaften unsicher und langfristig. Zu diesem Befund kommt Harald Fadinger, Ökonom an der Universität Mannheim, im heute, Donnerstag, veröffentlichten „Policy Brief“ der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

Die strategische und politische Bedeutung des TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) gehe aber weit über die direkte ökonomische hinaus. So sei das Handelsabkommen eine Chance, die Partnerschaft zu den USA zu stärken, die sich derzeit eher dem pazifischen Raum zuwenden. Die TPP-Verhandlungen (Trans Pacific Partnership) zwischen den USA und Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam seien denn auch weiter fortgeschritten als jene über das TTIP.

Weil die EU und die USA zusammen fast für die Hälfte des Welthandels verantwortlich sind, sieht Fadinger im TTIP „eine großartige Gelegenheit, um neue internationale Standards zu schaffen“. Diese könnten Vorbildwirkung für andere bi- und multilaterale Freihandels- und Investitionsabkommen haben. Gemeinsame hohe Maßstäbe für Produktsicherheit, Finanzmarktregulierung, Umwelt- und Investitionsschutz würden das TTIP überhaupt erst zu einem lohnenden Projekt machen.

In Form wissenschaftlicher bzw. technischer „best practices“ könnten sie zukünftig zum Beispiel auch ins WTO-Regelwerk einfließen. Wichtig ist es laut Fadinger, TTIP für den Beitritt weiterer Staaten offen zu halten, wie es auch beim TTP-Regelwerk der Fall sei.

Hinsichtlich der im TTIP vorgesehenen und umstrittenen Investitionsschutzabkommen (ISDS) führt Fadinger ins Treffen, dass EU-Mitgliedsstaaten bereits rund 1.400 bilaterale Investitionsschutzabkommen abgeschlossen haben und Unternehmen aus EU-Staaten große Nutznießer solcher Abkommen seien. So wurden einem Bericht der EU-Kommission zufolge 2012 rund 60 Prozent der Klagen von EU-Investoren eingebracht und nur 7,7 Prozent von US-Unternehmen.

„Das wohl gewichtigste Argument, ein Investitionsschutzabkommen in TTIP zu integrieren, ist jedoch die Vorbildwirkung für zukünftige Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern, die ein schwaches Rechtssystem besitzen“, schreibt der Ökonom von der Universität Mannheim in seiner Analyse. Er verweist hier auf das geplante

Abkommen mit China, das einen Investitionsschutz wohl nur akzeptieren würde, wenn ein solcher auch in allen anderen Freihandelsabkommen der EU enthalten wäre. Die Qualität der Gerichtsbarkeit und die Rechtssicherheit würden aber auch in manchen „neuen“ EU-Mitgliedsstaaten zu wünschen übrig lassen.

In seinen Handlungsempfehlungen weist Fadinger auf die Bedeutung des Energiesektors hin. Hier solle die EU versuchen, die US-Exportbeschränkungen von Schiefergas und Öl aufzuheben oder zumindest zu reduzieren. Das würde nicht nur die starke Abhängigkeit Europas von russischem Gas verringern, sondern auch die Energiepreise in Europa sinken lassen.

Ob es gelingt, aus dem TTIP ein Instrument zu machen, das hohe Standards international verankert - oder die hohen europäischen Maßstäbe (in etwa bei Lebensmittelsicherheit und Umwelt) verwässert werden, könne man vor Abschluss der Verhandlungen nicht sagen. Fadinger sieht aber mehr Chancen als Risiken und plädiert dafür, sie zu nützen.

In seiner Analyse befasste sich der Volkswirt von der Universität Mannheim mit quantitativen Effekten, nicht-tarifären Handelsbarrieren, der Harmonisierung von Regulierungen, Investitionsschutzabkommen sowie politischen und geo-strategischen Erwägungen des Handelsabkommens.